

Teig, Michael

**Working Paper**

## Fiskalische Transparenz und ökonomische Entwicklung: Der Fall Bosnien-Herzegowina

BERG Working Paper Series on Government and Growth, No. 56

**Provided in Cooperation with:**

Bamberg Economic Research Group, Bamberg University

*Suggested Citation:* Teig, Michael (2006) : Fiskalische Transparenz und ökonomische Entwicklung: Der Fall Bosnien-Herzegowina, BERG Working Paper Series on Government and Growth, No. 56, ISBN 3931052540, Bamberg University, Bamberg Economic Research Group on Government and Growth (BERG), Bamberg

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/38762>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

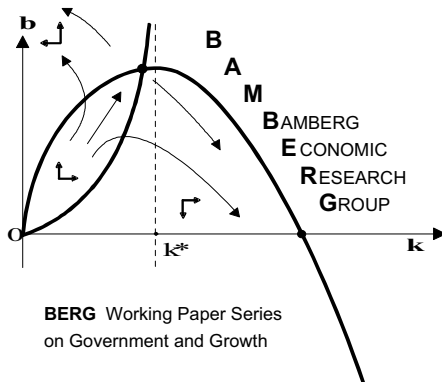
*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Fiskalische Transparenz und ökonomische Entwicklung: Der Fall Bosnien-Herzegovina

Michael Teig

Working Paper No. 56  
März 2006



Bamberg Economic Research Group  
on Government and Growth  
Bamberg University  
Feldkirchenstraße 21  
D-96045 Bamberg  
Telefax: (0951) 863 5547  
Telephone: (0951) 863 2547  
E-mail: [public-finance@sowi.uni-bamberg.de](mailto:public-finance@sowi.uni-bamberg.de)  
<http://www.uni-bamberg.de/sowi/economics/wenzel/berg>

ISBN 3-931052-54-0



# Fiskalische Transparenz und ökonomische Entwicklung: Der Fall Bosnien-Herzegovina

Michael Teig<sup>1</sup>,

*Lehrstuhl Finanzwissenschaft,*

*Economics Department,*

*Universität Bamberg*

## **Zusammenfassung**

Fiskalische Transparenz ist die Offenheit bezüglich der Planung, Formulierung und Implementierung von Finanzpolitik. Fiskalische Transparenz ist nicht nur ein wichtiges Konzept der gegenwärtigen entwicklungspolitischen Diskussion, sondern gleichzeitig ist auch in Ländern der Europäischen Währungsunion unter anderem im Zusammenhang mit der Einführung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes ein stärkeres Interesse an transparenter Haushalt- und Finanzpolitik gegeben. Während eine Reihe empirischer Studien auf einen positiven Zusammenhang zwischen fiskalischer Transparenz und Wirtschaftswachstum hindeuten, lässt sich aber in der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur keine fundierte, theoretische Abhandlung der Wirkungsweise fiskalischer Transparenz finden. Ziel dieses Artikels ist es nach einer kurzen Definition der Begriffe fiskalischer und budgetärer Transparenz zwei mögliche Wirkungskanäle fiskalischer Transparenz aufzuzeigen.

Die Arbeit endet mit einem zweiteiligem Ausblick: Erstens werden Implikationen in Bezug auf die Ausgestaltung der Finanzpolitik eines Landes im Allgemeinen gegeben. Zweitens folgt eine Fallstudie über die Finanzpolitik Bosnien-Herzegovinas. Hierbei liegt der Schwerpunkt auf der Darstellung der Probleme der gesamtstaatlichen Koordinierung der Finanzpolitik, welche aus dem gegenwärtigen Staatsaufbau resultieren. Nach der Konsolidierung des Staatshaushaltes sollte nun zehn Jahre nach Dayton als zweiter Reformschritt durch die stärkere Kooperation der Volksguppen die Entflechtung des Staatsaufbaus angegangen werden.

**JEL Klassifikation:** G11, H19, H5, H7, O16, O19

**Schlüsselwörter:** Fiskalische Transparenz, Korruption, FDI's, Fiskalische Dezentralisierung, Fiskalischer Föderalismus

---

<sup>1</sup> michael.teig@sowi.uni-bamberg.de



MICHAEL TEIG

# Fiskalische Transparenz und ökonomische Entwicklung

## Der Fall Bosnien-Herzegovina

### 1 Fiskalische Transparenz – Definitionen, Konzepte und Entstehungsgeschichte

*„Die Menschen in Deutschland wollen, dass die Politik wieder transparent, effektiv  
und vor allem nah an den Bürgerinnen und Bürgern gestaltet wird.“*

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident von Schleswig-Holsteins anlässlich  
seiner Antrittsrede als Bundesratspräsident am 04. November 2005

Ein weit verbreitetes Sprichwort besagt: „Glaube keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast.“<sup>1</sup> Dass es mit der Genauigkeit von veröffentlichten Zahlen nicht immer so weit her ist, zeigt die Reihe von Bilanzskandalen bei Unternehmen der Privatwirtschaft. Hier sind beispielsweise in Amerika die Unternehmen Enron und WorldCom, in Italien das Unternehmen Parmalat und in Deutschland die Berliner Bankengesellschaft zu nennen. Diese und andere Fälle von unsauberer Buchführung oder gar Bilanzfälschung haben die Anleger dafür sensibilisiert, mehr Transparenz und Aufsicht bei der Unternehmensführung einzufordern, was schließlich auch den Gesetzgeber zum Handeln zwang. So wurde unter anderem im September 2001 von der damaligen Bundesjustizministerin HERTA DÄUBLER-GMELIN die Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex, besser bekannt unter dem Namen Cromme-Kommission, ins Leben gerufen, die u.a. eine Erhöhung der Transparenz in Bezug auf die Unternehmensführung und Bilanzierung zum Ziel hatte.

Während sich im Bereich der Regulierung privater Unternehmen einiges getan hat und das Problem mangelhafter Transparenz auch von der breiten Bevölkerung erkannt wurde, wurde den offiziellen Angaben bezüglich der Finanzpolitik eines Staates meist „blind“ vertraut. Dies mag daran liegen, dass Intransparenz bei Wirtschaftsunternehmen und deren Folgen für die meisten Akteure ein greifbares

---

<sup>1</sup> Dieses Zitat wird Winston Churchill zugeschrieben.

Problem darstellt. So sind zum Beispiel bei einem Konkurs eines Unternehmens die Belegschaft und die Aktionäre meist unmittelbar betroffen. Dahingegen sind die möglichen wirtschaftlichen Konsequenzen und die damit verbundenen ökonomischen Kosten intransparenter Finanzpolitik eines Staates für weite Teile der Bevölkerung unklar.

Ziel dieses Artikels ist es, diese Verständnislücke zu schließen. Dazu wird im Folgenden weniger auf die technischen Details der ökonomischen Modellierungsansätze fiskalischer Transparenz eingegangen. Vielmehr wird zunächst der Begriff und das Konzept der fiskalischen Transparenz in einen weiteren institutionsökonomischen Kontext eingebettet. Im Anschluss daran werden mögliche Folgen undurchsichtiger Finanzpolitik für die ökonomische Entwicklung eines Staates aufgezeigt.

Probleme, die bisher in dem Bereich nicht transparenter Finanzpolitik auftraten, blieben meist beschränkt auf Entwicklungsökonomien bzw. auf Transformationsländer, die nach dem Fall des Eisernen Vorhangs in vielen Bereichen nach Jahrzehnten der sozialistischen Erfahrung vor einem faktischen Neuanfang standen. Der Fall Griechenland und die Falschmeldungen der Haushaltszahlen für den Zeitraum 1997 bis 2003 an das Europäische Statistikamt Eurostat hat jedoch gezeigt, dass das Transparenzproblem nicht ausschließlich auf Entwicklungsökonomien beschränkt sein muss.

Bevor der Fall Griechenlands später noch einmal detailliert erörtert wird, soll zunächst genauer erläutert werden, was unter Transparenz, genauer unter fiskalischer Transparenz, zu verstehen ist.

Fiskalische Transparenz ist die Offenheit bezüglich der Planung, Formulierung und Implementierung der Finanzpolitik. Darin enthalten ist gemäß KOCH-WESER et al. (2004, Seite 3) die Forderung nach: „klar definierte[n] und transparente[n] Verfahren und Ziele[n] in der Finanzpolitik sowie die zeitnahe Veröffentlichung aussagekräftiger und qualitativ hochwertiger Daten“.<sup>2</sup>

---

<sup>2</sup> Eine weitere umfassende Definition findet sich in KOPITS und CRAIG (1998, Seite 1): “Fiscal Transparency is defined ... as openness toward the public at large about government structure and functions, fiscal policy intentions, public sector accounts, and projections. It involves ready access to reliable, comprehensive, timely, understandable, and internationally comparable information on government activities [...] so that the electorate and financial markets can accurately assess the government’s financial position and the true costs and benefits of government activities, including their present and future economic and social implications”

Es erscheint sinnvoll zu Beginn die Stellung des Konzepts innerhalb des Evolutionspfades der Entwicklungsökonomik zu verdeutlichen. Letzterer wird im Allgemeinen in zwei Perioden eingeteilt: die so genannten First-Generation-Modelle von 1950 bis in die 1980er Jahre und im Anschluss daran in die Second-Generation-Modelle. Erstere verfolgten die Ansätze „Stabilisierung, Liberalisierung und Privatisierung“. Ausgehend von den nicht sehr überzeugenden Erfahrungen mit diesen First-Generation-Konzepten betonten unter anderem die Ökonomen NORTH (1990), RODRIK (2000), CAMPOS (2000), LIN und NUGENT (1995), HAVRYLYSHYN und VAN ROODEN (2000) und ACEMOGLU, JOHNSON und ROBINSON (2001) die Rolle von Institutionen<sup>3</sup> innerhalb des Entwicklungsprozesses eines Landes im Rahmen der so genannten Second-Generation-Modelle ökonomischer Entwicklung. Unter diese Institutionen fallen auch die für die Finanz- bzw. Budgetpolitik zuständigen Institutionen. Ausgehend von dieser Denkschule wurde verstärkt auf Konzepte wie „Government Governance“, Korruptionsbekämpfung und Transparenz Wert gelegt.

Nun kurz zu der Entstehungsgeschichte des Begriffs fiskalische Transparenz selbst: Einer der Vorreiter des Konzepts der fiskalischen Transparenz war der INTERNATIONALE WÄHRUNGSFOND (IWF). Als Reaktion auf das wachsende Verständnis der positiven Wirkung fiskalischer Transparenz und zuletzt auch wegen der Überzeugung, dass mangelnde fiskalische Transparenz einer der Auslöser der Finanzkrisen 1994 und 1995 in Mexiko und 1997 und 1998 in den Schwellenökonomien Asiens und Russland war, verabschiedete der IWF anlässlich seiner 50. Jahrestagung in Washington D.C. am 16. April 1998 den *Code of Good Practices on Fiscal Transparency*.<sup>4</sup> Dieser Schritt resultierte aus der Überzeugung des IWFs, dass ungenaue und nicht wahrheitsgemäße Daten und Unklarheiten bezüglich des Kurses der Finanzpolitik sowie deren Formulierung die Hauptgründe für die Finanzkrisen in den Schwellenländern waren.

Diese Sichtweise wird übrigens nicht uneingeschränkt geteilt. STIGLITZ beispielsweise kritisiert die einseitige Beschuldigung der Internationalen Finanzinstitutionen, die von der Asienkrise betroffenen Länder hätten die Krise maßgeblich durch ihre mangelnde Transparenz mitverschuldet. Vielmehr sehen HOFF und STIGLITZ (2001) in der Transparenzdebatte im Zusammenhang mit der

---

<sup>3</sup> North (1990, Seite 3) definiert Institutionen als “...rules of the game in society or, more formally, [...] the humanly devised constraints that shape human interaction”

<sup>4</sup> Siehe dazu INTERNATIONALER WÄHRUNGSFOND (2001).



Asienkrise 1997 den Versuch der entwickelten Welt, die Verantwortung für ihre risikoreiche und verfehlte Kreditpolitik auf die Entwicklungsländer abzuwälzen.<sup>5</sup>

Ein weiterer Standard in diesem Bereich ist der von der OECD im Jahr 2001 entwickelte *Code of Best Practices for Budget Transparency*, welcher nicht als formaler Standard, sondern vielmehr als Referenzrahmen für transparente Budgetpolitik dienen soll.<sup>6</sup> Der *Code of Good Practices on Fiscal Transparency* des IWFs und der *Code of Best Practices for Budget Transparency* der OECD sind zwei Beispiele für internationale Standards im Bereich der fiskalischen Transparenz. Dabei sind beide Standards von freiwilligem Charakter, d.h. diejenigen Staaten, die sich nicht daran halten, haben keinerlei direkte Sanktionen zu befürchten. Dieses Vorgehen entspricht der zunehmenden Praxis internationaler Organisationen, das Setzen globaler Standards einer Regulierung über die jeweilige nationale Gesetzgebung vorzuziehen. Dies hat mehrere Gründe: *Erstens* sind Standards kompatibel mit der Regulierungsautonomie von Staaten. *Zweitens* werden die Standards im Gegensatz zu nationalen Gesetzen nahezu ausschließlich von Experten entworfen. *Drittens* können sich Standards im Vergleich zu einer Regelung über die nationale Gesetzgebung einfacher global ausbreiten, da die Ausgestaltung der Standards nicht dem Einfluss der jeweiligen nationalen Rechtssprechung unterliegt. *Viertens* ist die Freiwilligkeit der Einhaltung der Standards ein Eingeständnis der Souveränität von Staaten, weil letztendlich die Führung eines Staates über die Anwendung eines Standards in Bezug auf die Wirtschaftspolitik zu entscheiden hat ohne dass sie dazu per Gesetz verpflichtet wäre.<sup>7</sup>

Nun zurück zu der Definition des Begriffes fiskalische Transparenz. Der oben erwähnte Standard *Code of Good Practices on Fiscal Transparency* besteht insgesamt aus den folgenden vier Teilbereichen:

---

<sup>5</sup> Vgl. HOFF und STIGLITZ (2002, Seite 426): „The focus on transparency in financial reporting as a key factor behind the East Asian crisis served strong political interests. It shifted blame from lenders in industrial countries to the borrowers in developing countries. It shifted blame from the industrial countries that had pushed rapid capital account and financial liberalization—without a corresponding stress on the importance of strong institutions and regulatory oversight—to the governments of development countries, which had failed to enforce information disclosure.”

<sup>6</sup> Siehe hierzu OECD (2001).

<sup>7</sup> Für eine genauere Betrachtung der globalen Regulierung über Standards siehe KERWER (2005).

### **1. Klare Verteilung der Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten**

Dieser Unterpunkt propagiert die Definition klarer Zuständigkeiten innerhalb der Regierung mit einer klaren Rollenverteilung zwischen den verschiedenen Regierungsebenen. Der Staatssektor sollte klar und deutlich vom Privatsektor getrennt sein.

### **2. Freier Zugang zu und Veröffentlichung von Informationen**

Dieser Punkt fordert die vollständige Information der Öffentlichkeit bezüglich aller vergangenen, gegenwärtigen und projizierten Finanzdaten.

### **3. Offenheit bei der Budgetaufstellung, -ausführung und -evaluierung**

Das Budget ist eines der wichtigsten Politikinstrumente, weil es alle geplanten staatlichen Maßnahmen mit ihrem jeweiligen geplanten finanziellen Umfang systematisch erfasst. Ein transparentes Budget sollte deswegen alle quantifizierbaren staatlichen Aktivitäten eines Landes beinhalten. Außerdem sollten im Rahmen der Budgetaufstellung die Ziele der Fiskalpolitik und die den Projektionen zugrunde liegenden makroökonomischen Rahmendaten deutlich werden.

### **4. Überprüfung der Integrität der fiskalischen Informationen**

Um die Integrität der fiskalischen Informationen zu garantieren, ist es wünschenswert, dass diese einer öffentlichen und unabhängigen Überprüfung unterzogen werden. Die Legislative sollte eine auf nationaler Ebene tätige, unabhängige Prüfinstitution einrichten, welche der Legislative und der Öffentlichkeit über die Integrität der fiskalischen Daten zu berichten hat.

Diese vier Teilbereiche verdeutlichen die Vielschichtigkeit dieses Konzeptes. Es erscheint sinnvoll, den dritten Punkt, den Bereich der Budgettransparenz, näher zu beleuchten.

Unter Budgettransparenz versteht man die vollständige, zeitnahe und systematische Offenlegung aller relevanten Informationen über die Finanzpolitik. Ein transparentes Budget bildet alle staatlichen Aktivitäten ab und verzichtet somit auf diverse staatliche Nebenaktivitäten außerhalb des Budgetsystems. Außerdem sollten Informationen jederzeit für die Akteure des Budgetprozesses und die

Öffentlichkeit verfügbar sein, um die Kontrolle durch den Wähler zu ermöglichen.<sup>8</sup> Des Weiteren sollte dem Parlament im Budgetprozess ausreichend Zeit gegeben werden, um den Budgetentwurf zu analysieren bevor es über diesen abstimmt.

Oft wird die wahre Haushaltslage eines Landes durch undurchsichtige, nicht im offiziellen Budget auftauchende Politikinstrumente verfremdet. Ein Großteil dieser Aktivitäten lässt sich unter die folgenden drei Kategorien subsumieren:

### 1. Quasi-fiskalische Aktivitäten (Quasi-Fiscal Activities)

Darunter subsumiert man alle auf Anweisung der Regierung durchgeführten Aktivitäten der Zentralbank, Parafisci und öffentlicher Unternehmen, die zwar nicht im Budget auftauchen, aber fiskalischer Natur sind. Dass heißt man könnte diese Aktivitäten durch spezifische finanzpolitische Maßnahmen wie Steuern, Subventionen oder Ausgabenprogramme ersetzen.

### 2. Eventualverbindlichkeiten (Contingent Liabilities)

Darunter versteht man alle Eventualverbindlichkeiten, die eine Regierung eingegangen ist, deren Höhe und Fälligkeit aber von dem Eintreten eines bestimmten Ereignisses abhängen.

### 3. Steuervergünstigungen (Tax Expenditures)

Darunter sind Konzessionen bzw. Ausnahmen von der üblichen Besteuerung einer Privatperson oder eines Unternehmens zu verstehen, die die Einnahmenseite des Staates schwächen. Diese Maßnahmen entsprechen aber faktisch einem Ausgabeposten, da diese Maßnahmen durch Subventions- bzw. Direktzahlungen repliziert werden könnten.

Das Konzept der Transparenz ist ein weit reichendes Konzept, das in vielen Politikfeldern zur Anwendung kommen kann. Kritisch anzumerken ist jedoch, dass der Begriff der fiskalischen Transparenz teilweise in den verschiedenen Bereichen nicht immer trennscharf angewendet wird. Deshalb erscheint es angebracht – nach einer Systematisierung der Interessengruppen in Bezug auf die Förderung fiskalischer Transparenz im nächsten Abschnitt – genauer auf mögliche Ansätze

---

<sup>8</sup> Die OECD (2001, Seite 3) definiert Budgettransparenz als “full disclosure of all relevant fiscal information in a timely and systematic manner”. Eine weitere Definition des Begriffs Budgettransparenz findet sich in POTERBA und VON HAGEN (1999, Seiten 3-4): “A transparent budget process is one that provides clear information on all aspects of government fiscal policy. Budgets that include numerous special accounts and that fail to consolidate all fiscal activity into a single ‘bottom line’ measure are not transparent. Budgets that are easily available to the public and to participants in the policymaking process, and that do present consolidated information, are transparent.”

zur Analyse der Wirkungsweise fiskalischer Transparenz einzugehen. Dadurch werden nicht nur die Auswirkungen intransparenter Finanzpolitik aufgezeigt, sondern auch das Konzept fiskalischer Transparenz selbst wird dadurch klarer werden.

## **2 Interessensgruppen fiskalischer Transparenz**

Im Wesentlichen können drei verschiedene Interessensgruppen fiskalischer Transparenz unterschieden werden: *erstens* Internationale Organisationen, *zweitens* die Finanzmarktteilnehmer und *drittens* die Wähler beziehungsweise die Bevölkerung an sich.

Die Rolle der *ersten Gruppe*, der Internationalen Organisationen, ist bereits weitgehend im Rahmen des ersten Kapitels klar geworden. Zusammenfassend kann noch einmal betont werden, dass alle Organisationen ein fundamentales Interesse daran haben sollten, dass die Finanzpolitik ihrer Mitgliedsländer transparent gestaltet wird, nicht zuletzt um so die Anfälligkeit für bzw. die Wahrscheinlichkeit von Finanzkrisen zu verringern.

Die *zweite Gruppe*, die Finanzmarktteilnehmer, haben ein natürliches Interesse daran, dass Regierungen transparent agieren, um so das Risiko eines Investments in einem bestimmten Land besser einschätzen zu können. Die negativen Erfahrungen der Finanzkrisen in mehreren Schwellenökonomien in den 1990er Jahren haben dazu beigetragen, dass verstärkt auch auf diese Thematik geachtet wird. Diese gestiegene Bedeutung der fiskalischen Transparenz zeigt sich beispielsweise daran, dass der *Code of Good Practices on Fiscal Transparency* zu den zwölf Schlüsselstandards für stabile und intakte Finanzmärkte des im Jahre 1999 gegründeten *Forums für Finanzstabilität* (Financial Stability Forum, FSF)<sup>9</sup> zählt. Die Attraktivität für potentielle Investoren in ein Land zu investieren steigt folglich *ceteris paribus* mit der Transparenz seiner Finanzpolitik. Dies verdeutlicht,

---

<sup>9</sup> Das auf Initiative der G7-Länder gegründete Forum für Finanzstabilität (Financial Stability Forum, FSF) mit Sitz innerhalb der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel verfolgt die folgenden Ziele: Stärkung der Stabilität des internationalen Finanzsystems, Verbesserte Funktionsfähigkeit der Märkte und die Verminderung von Systemrisiken. Dem Forum gehören Vertreter der Finanzministerien, Zentralbanken und Aufsichtsbehörden der G7-Länder und vier weiterer bedeutender internationaler Finanzplätze sowie Repräsentanten wichtiger internationaler Institutionen und Gremien, die sich mit Fragen der Finanzstabilität befassen, an. Deutschland ist in dem Forum durch den für Finanzmarktpolitik zuständigen Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen, den Vizepräsidenten der Deutschen Bundesbank und den Präsidenten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht vertreten.

dass die Rolle der Finanzmärkte nicht zuletzt auch als Katalysator für transparentere Finanzpolitik zu verstehen ist. Diese Rolle der Finanzmärkte wird später beim Vorstellen möglicher Transmissionskanäle noch näher beleuchtet.

Die *letzte Gruppe*, die Wähler beziehungsweise die Bevölkerung selbst, wurde zu Beginn der Transparenzbewegung noch eher stiefmütterlich behandelt. In letzter Zeit gibt es aber vermehrt Initiativen, auch die breite Bevölkerung in den Prozess der Finanzpolitik mit einzubinden. Der Bevölkerung kommt dabei vor allem eine Kontrollfunktion zu. Nur bei transparenter Finanzpolitik eines Staates lässt sich das tatsächliche Ausmaß staatlichen Handelns erkennen. Die Wähler können die Ergebnisse des politischen Handelns auch unmittelbar den Politikern zuordnen, was die Verantwortlichkeit der Politik wesentlich erhöht. Gleichzeitig entzieht sich intransparentes Handeln – beispielsweise in Form von quasi-fiskalischen Aktivitäten – der in den meisten Ländern verfassungsrechtlich vorgesehenen parlamentarischen Kontrolle, da diese Aktivitäten nicht im Budget auftauchen. Somit wird auch nicht darüber parlamentarisch abgestimmt. Organisationen wie die Washingtoner NGO „International Budget Project“ haben es sich zum Ziel gesetzt, die Bevölkerung zum einen über die Budgetpolitik zu informieren und zum anderen deren aktives Interesse an der Finanzpolitik zu unterstützen, um so schließlich die Verantwortlichkeit und Nachhaltigkeit der Politik zu erhöhen. Diese Bemühungen zielen final auf die verstärkte Forderung der breiten Bevölkerung nach transparenteren Strukturen ab, der sich machtpolitisch orientierte Politiker langfristig nicht entziehen können. Bei der stärkeren Einbeziehung dieser dritten Interessensgruppe handelt es sich folglich um den Versuch einer “Revolution von unten“.

### **3 Transmissionsmechanismen fiskalischer Transparenz**

In der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur findet sich eine zunehmende Anzahl von empirischen Arbeiten, die die positiven Auswirkungen erhöhter fiskalischer Transparenz auf die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes nachweisen. ALESINA und PEROTTI (1996) und POTERBA und VON HAGEN (1999) zeigen beispielsweise empirisch, dass erhöhte Transparenz signifikant zu niedrigeren Budgetdefiziten und erhöhter Haushaltsdisziplin führt.

Über die zugrunde liegenden Mechanismen besteht allerdings weniger Klarheit. Im weiteren Verlauf dieses Artikels werden deshalb zwei mögliche Transmissionskanäle fiskalischer Transparenz näher beleuchtet.

### 3.1 Fiskalische Transparenz und Korruption

Die OECD verabschiedete 1997 die Konvention *Combating Bribery of Foreign Public Officials*, in der die Bestechung ausländischer Staatsdiener und Mitarbeiter internationaler Organisationen verurteilt wird.<sup>10</sup> Der Korruptionsbegriff ist in der Definition der OECD sehr weit gefasst und umfasst neben Bestechung, Geldwäsche und undurchsichtiger Buchhaltung auch fehlende Transparenz über die Herkunft und Verwendung von Geldern im Staatssektor. Dies verdeutlicht, dass fiskalische Transparenz und Korruption zwei eng miteinander verknüpfte Konzepte sind. Es ist davon auszugehen, dass eine Hauptursache von Korruption in den mangelhaften Institutionen eines Staates begründet liegt. Daher leitet sich der Ansatz Internationaler Organisationen ab, Korruption weltweit mit den Prinzipien guter Regierungsführung, Transparenz und Verantwortlichkeit zu bekämpfen.

Zunächst muss die Frage geklärt werden, wie man Korruption messen kann. Seit 1995 wird einmal im Jahr der so genannte Corruption Perception Index (CPI), der die Wahrnehmung bezüglich der Bestechlichkeit von Amtsträgern und Politikern misst, von der Organisation Transparency International veröffentlicht. Wichtig ist dabei im Auge zu behalten, dass Korruption an sich nicht empirisch gemessen werden kann, sondern dass vielmehr durch Meinungsumfragen die Wahrnehmung bezüglich des Grades der Korruption eines Landes abgefragt werden kann. Anhand dieser Befragungen errechnet Prof. Lamsdorff von der Universität Passau einmal jährlich im Auftrag von Transparency International den so genannten Corruption Perception Indexwert (CPI-Wert), welcher zwischen zehn und null liegt. Ein Wert von zehn steht für das „sauberste Land“ wohingegen das korrupteste Land einen Wert von null erhält. Daraus kann dann eine Rangfolge gebildet werden, wobei die Rangplätze in umgekehrter Reihenfolge angeordnet werden. In Tabelle 1 sind für einige Balkanländer die Rangplätze bzgl. des *Corruption Perception Indexes* aufgeführt. Zum Vergleich wird der Rang für Deutschland mit angegeben.

---

<sup>10</sup> Siehe OECD (1998).

Tabelle 1: Corruption Perception Index 2005 für ausgewählte Länder Südosteuropas

Land	Rang (insg. 155)	CPI-Wert	Standardabweichung der Werte*
Albanien	126	2.4	0,4
Bosnien-Herzegovina	88	2.9	0,4
Bulgarien	55	4.0	1,1
Deutschland	16	8.2	0,4
Kroatien	70	3.4	0,6
Mazedonien (ehemalige jugoslawische Republik)	103	2.7	0,7
Rumänien	85	3.0	0,9
Serbien und Montenegro	97	2.8	0,7
Slowenien	31	6.1	1,2

\* Die Standardabweichung signalisiert, wie unterschiedlich die Werte bezüglich der Korruptionseinschätzung aus den verschiedenen verwendeten Quellen sind. Wie man anhand der Schattierungen erkennen kann, signalisieren Werte der Standardabweichung unter 0,5 hohe Übereinstimmung, Werte zwischen 0,5 und 0,9 signalisieren Übereinstimmung und Werte größer gleich 1,0 signalisieren geringe Übereinstimmung hinsichtlich der Wahrnehmung in den unterschiedlichen Quellen.

Quelle: Eigene Darstellung anhand von INTERNET CENTER FOR CORRUPTION RESEARCH (2005)

Wie man anhand der Tabelle 1 erkennen kann, gibt es in den Balkanstaaten ein beträchtliches Ausmaß an Korruption, auch wenn die Einschätzungen der unterschiedlichen Quellen zum Teil weit auseinander liegen, wie man anhand der hohen Standardabweichung der Werte der Korruptionswahrnehmung erkennen kann. Ein Urteil, ob Korruption ein positiver oder negativer Umstand ist, lässt sich allerdings nicht *ad hoc* fällen. Die überwiegende Mehrheit der Literatur geht zwar davon aus, dass Korruption schädlich für einen Staat ist. Es sind aber auch gewisse zeitlich begrenzte Transformationsperioden denkbar, während derer sich Korruption positiv auf die Entwicklung eines Staates auswirken kann. Diese Ansätze finden sich in der angelsächsischen Literatur unter den Stichwörtern „oil the economic mechanism“ oder „grease the economic wheel.“<sup>11</sup>

Es gibt den unter dem Begriff „speed money“ bekannt gewordenen Ansatz, dass im Falle einer ineffizienten und ausufernden Bürokratie, Korruption effizienzsteigernd

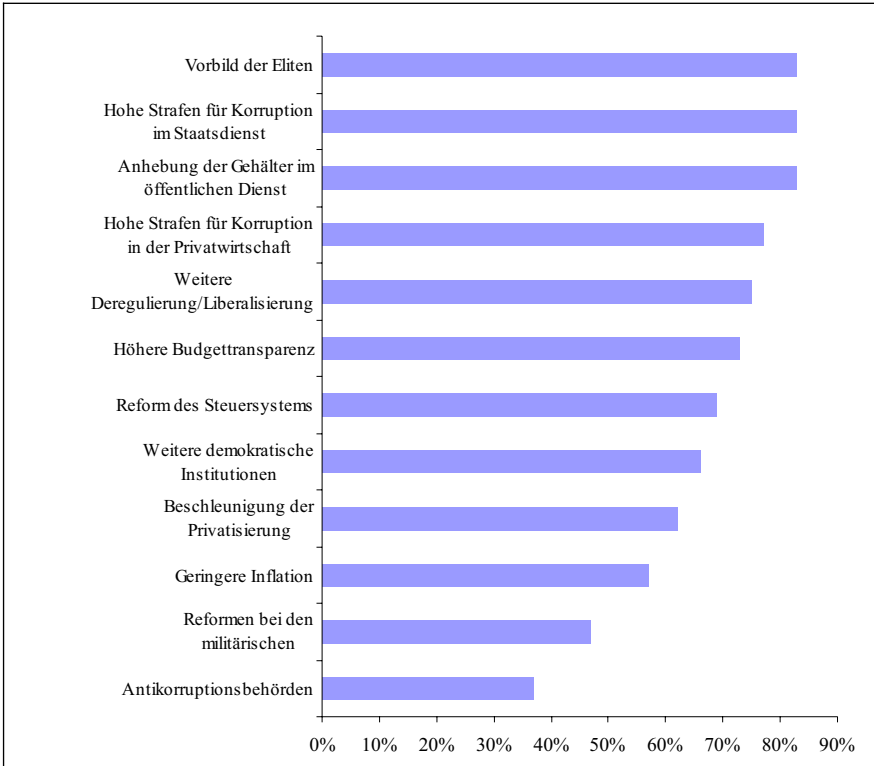
<sup>11</sup> Siehe hierzu beispielsweise KAUFMANN und WEI (1999).

sein kann, weil damit die umständlichen und langen Wege der Bürokratie umgangen werden können. Für dieses – im wahrsten Sinne des Wortes – Schmierens des Wirtschaftsprozesses sprechen drei Argumente: *Erstens* sorgt Korruption für eine effiziente Allokation der Investitionsentscheidungen, weil die effizientesten Investoren auch die höchsten Korruptionszahlungen vornehmen können. *Zweitens* gewährleistet Korruption einen effizienten Zeiteinsatz. Diejenigen wirtschaftlichen Akteure, denen das Gut Zeit am kostbarsten scheint, können sich auch die höchsten Korruptionszahlungen leisten um dadurch die Bürokratieprozesse zu ihren Gunsten zu beschleunigen. *Drittens* erlaubt es Korruption der Regierung niedrigere Gehälter an Staatsbedienstete zu zahlen, weil neben dem offiziellen Gehalt ein nicht unbeträchtlicher Teil der Kompensation aus Bestechungszahlungen besteht. Diese niedrigen Gehälter ermöglichen es einem Staat, als direkten Effekt auf der Ausgabenseite zu sparen und somit indirekt auch die Steuern niedrig zu halten, was sich positiv auf die unternehmerischen Aktivitäten in einem Land auswirken kann. Ein weiteres Argument sieht in Korruption auch einen ersten Schritt des Herausbildens eines Marktsystems, in dem für bestimmte “staatliche Leistungen“ ganz bestimmte Preise zu zahlen sind.

Diese Argumente sind jedoch wenn überhaupt, nur in einer ersten Entwicklungsphase einer Ökonomie stichhaltig. Die ausufernde Bürokratie, als Voraussetzung für effizienzsteigernde Korruption, ist aber keineswegs als exogen zu betrachten, weil übermäßige Bürokratie und Korruption nur zwei Seiten derselben Medaille sind. Ferner besteht auf Grund der Persistenz von Korruption die Möglichkeit, dass sich diese verselbstständigt und außer Kontrolle gerät. Es ist daher zu einem ökonomischen Allgemeingut geworden, dass eine langfristige Form der Korruption für ein Land nicht erstrebenswert sein kann, weshalb ein Staat die Bekämpfung der Korruption verfolgen sollte. Doch welche Mittel stehen dazu der Führung eines Staates zur Verfügung? Zur Beantwortung dieser Frage eignet es sich kurz eine Befragung von 150 Personen der Verwaltungseliten aus 63 verschiedenen Entwicklungs-, bzw. Transformationsländern bezüglich möglicher Instrumente zur Korruptionsbekämpfung unter Leitung von Daniel Kaufmann anzuführen: Wie man in Abbildung 1 erkennt, waren 73 Prozent der befragten Personen der Meinung, dass erhöhte Budgettransparenz eine Möglichkeit sei, Korruption einzudämmen.



Abbildung 1: Was tun gegen Korruption? Prozentuale Antworten bei der Beurteilung verschiedener Lösungen



Quelle: Eigene Darstellung nach KAUFMANN (1997, Seite 127)

Es wird jedoch zu Recht von weiten Teilen der ökonomischen Fachvertreter moniert, dass das Transparenzkonzept in die Praxis der Politikberatung einzog, ohne dass dafür eine umfassende und abschließende theoretische Diskussion stattgefunden hätte.<sup>12</sup>

Einige ökonomische Arbeiten integrieren Korruption des öffentlichen Sektors in ein Wachstumsmodell. Viele Ansätze modellieren dabei eine Funktion, die die Wahrscheinlichkeit erfasst, dass Korruption entdeckt wird. Dabei kann zunächst

<sup>12</sup> Siehe STIGLITZ (2002, Seite 354): „[transparency] has become the subject of intense political discussion, though [...] analytical work remains scarce.“

der Grad der fiskalischen Transparenz exogen in das Modell eingeführt werden, dass heißt, dass neben anderen Faktoren, eine erhöhte fiskalische Transparenz auch die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass korrumpierende Aktivitäten entdeckt werden und somit Korruption unrentabler für Staatsangestellte wird.

Interessanter wird die Analyse allerdings, wenn man sich mit dem Gedanken beschäftigt, wie und warum Politiker fiskalische Transparenz fördern sollten, also wenn man den Grad fiskalischer Transparenz endogen behandelt. Dazu ist es von entscheidender Bedeutung, ob man den Staat als „Sozialen Planer“, also als benevolent modelliert, oder ob man davon ausgeht, dass Staatsdiener und Politiker reine individuell kalkulierende Eigennutzenmaximierer sind. Im ersten Fall wollen Politiker die gesamtwirtschaftliche Wohlfahrt maximieren. Somit sind sie verpflichtet, für erhöhte Transparenz zu sorgen. Im zweiten Fall hingegen steht für diejenigen Entscheidungsträger im Staatsapparat, die von Korruption betroffen sind, einiges auf dem Spiel, da sie durch eine Erhöhung der Transparenz an dem Ast sägen würden, auf dem sie sitzen. Es bleibt folglich festzuhalten, dass hier die *individuelle Rationalität* der Staatsbediensteten, die Finanzpolitik und das Budget nicht transparenter zu gestalten und die *gesellschaftliche Rationalität*, fiskalische Transparenz zu fördern, um so die Korruption einzudämmen auseinander fallen. Es handelt sich somit um eine Art von „Marktversagen“ innerhalb des Staatsapparats.

Die Überwindung dieses Widerspruchs kann durch das Setzen von den oben bereits beschriebenen internationalen Standards geschehen. Nicht zuletzt ist daher die Überwindung dieser Interessenskollision auch als Legitimierung des IWFs zu verstehen.

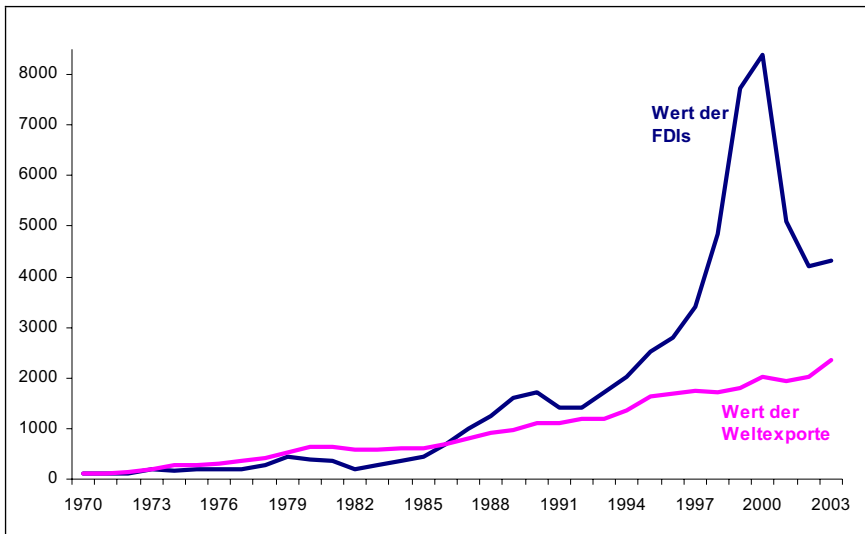
### **3.2 Fiskalische Transparenz und Auslandsinvestitionen**

Ein weiterer möglicher Transmissionsmechanismus läuft über den Kanal der Auslandsinvestitionen die ein Land attrahieren kann. Zunächst können Auslandsinvestitionen in zwei Gruppen eingeteilt werden: *Direktinvestitionen* (Foreign Direct Investments, FDIs) und *Portfolioinvestitionen*. Direktinvestitionen sind alle Investitionen die auf eine dauerhafte Einflussnahme durch den Investor abzielen. Oft wird als Proxy für diese dauerhafte Einflussnahme der Anteil an den stimmberechtigten Aktien gewählt. Liegt dieser über 10 Prozent, so handelt es sich nicht um eine Portfolioinvestition sondern um eine Direktinvestition.

Bevor der Zusammenhang zwischen fiskalischer Transparenz und Direktinvestitionen dargestellt wird, soll anhand einer einfachen Statistik die steigende Bedeutung von Direktinvestitionen verdeutlicht werden. In absoluten Zahlen betrachtet stiegen die Direktinvestitionen von einem Wert von 14

Milliarden US Dollar im Jahre 1970 auf einen Wert von 612 Milliarden US Dollar im Jahre 2003, während der Wert der weltweiten Warenexporte im gleichen Zeitraum von 316 Milliarden US Dollar auf 7.444 Milliarden US Dollar anstieg. Die Abbildung 2 indexiert diese Zahlen zur Basis 1970. Wie man leicht erkennen kann, ist der Wert aller Direktinvestitionen relativ stärker gestiegen als der Wert der weltweiten Exporte, wenngleich das Volumen des weltweiten Handels weiterhin um ein vielfaches größer ist als die Summe der Direktinvestitionen.

Abbildung 2: Entwicklung der weltweiten Auslandsinvestitionen und Exportvolumina 1970 bis 2003 (Indexierte Daten zur Basis 1970)



Quelle: Eigene Berechnungen anhand von UNCTAD (2005)

Im Folgenden soll, wie eingangs bereits angedeutet, näher auf den Fall Griechenland und die Falschmeldung der Haushaltsdaten eingegangen werden, um mögliche Folgen intransparenten Handelns aufzuzeigen.

Zunächst meldete die sozialistische Regierung in Griechenland für den Zeitraum von 2000 bis 2003 Haushaltslöcher unter drei Prozent der Wirtschaftsleistung, während die wahren Defizite weitaus höher lagen. Aufgrund der eingeleiteten Untersuchungen der Daten wurde klar, dass auch über den Zeitraum 1997 bis 1999, der Zeitraum, der für den verspäteten Beitritt Griechenlands zum Eurosystem relevant war, falsche Haushaltszahlen gemeldet worden waren. Die

Hauptgründe für die Falschmeldungen waren nicht erwähnte Militärausgaben<sup>13</sup>, zu hoch angesetzte Überschüsse in der Sozialversicherung, sowie die fehlerhafte Verbuchung von Mitteln aus dem EU Strukturfond. Das Ausmaß der Falschmeldungen wird in der Tabelle 2 ersichtlich, in der die Defizitzahlen Griechenlands vom März 2004 und die Datenrevisionen vom November 2004 und vom März 2005 aufgeführt sind. Die Größenordnung der Berichtigungen der Haushaltszahlen ist erheblich und übersteigt während der Jahre 2000 bis 2003 stets die Marke von zwei Prozentpunkten.

Tabelle 2: Gemeldete Haushaltsdefizite Griechenlands für die Jahre 1997 bis 2003 und deren Revisionen

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Haushaltsdefizit (März 2004)	4.0	2.5	1.8	2.0	1.4	1.4	1.7
Haushaltsdefizit nach Revision November 2004	6.6	4.3	3.4	4.1	3.7	3.7	4.6
Haushaltsdefizit nach Revision März 2005	6.6	4.3	3.4	4.1	3.6	4.1	5.2
Differenz revidiertes Defizit März 2005 und gemeldetes Defizit März 2004	2.6	1.8	1.6	2.1	2.2	2.7	3.5

Quelle: OECD (2005, Seite 42)

Im Folgenden soll es jedoch weniger um die Ursachen und das Ausmaß der Berichtigungen gehen. Vielmehr sollen die Wirkungen dieser Berichtigungen und die Reaktionen auf den Finanzmärkten aufgezeigt werden. Dabei werden die Folgen intransparenter Haushaltspolitik exemplarisch anhand des Falles Griechenlands verdeutlicht.

In der Tabelle 3 sind die Veränderungen der Bonitätseinstufungen zwischen Mai 2004 und August 2005 der Länder des Euro-Währungsgebiets durch die Rating Agentur *STANDARD&POOR'S* aufgezeigt. Wie man daraus erkennen kann, wurde – neben Italien und Portugal – auch Griechenlands Rating von A+ auf A gesenkt.

<sup>13</sup> Die griechische Regierung berief sich auf ihre Geheimhaltungspflicht in puncto Militärausgaben.

Diese Abstufung in der Bonitätseinstufung spiegelt natürlich auch die gestiegene Unsicherheit aufgrund der Falschmeldungen Griechenlands wieder. Es ist nicht gerade förderlich, potentielle Investoren davon zu überzeugen, in Griechenland zu investieren, wenn der Staat selbst seine Haushaltsbilanz nicht richtig beziffern kann.

Tabelle 3: Bonitätseinstufungen von STANDARD&POOR's für Länder des Euro-Währungsgebiets

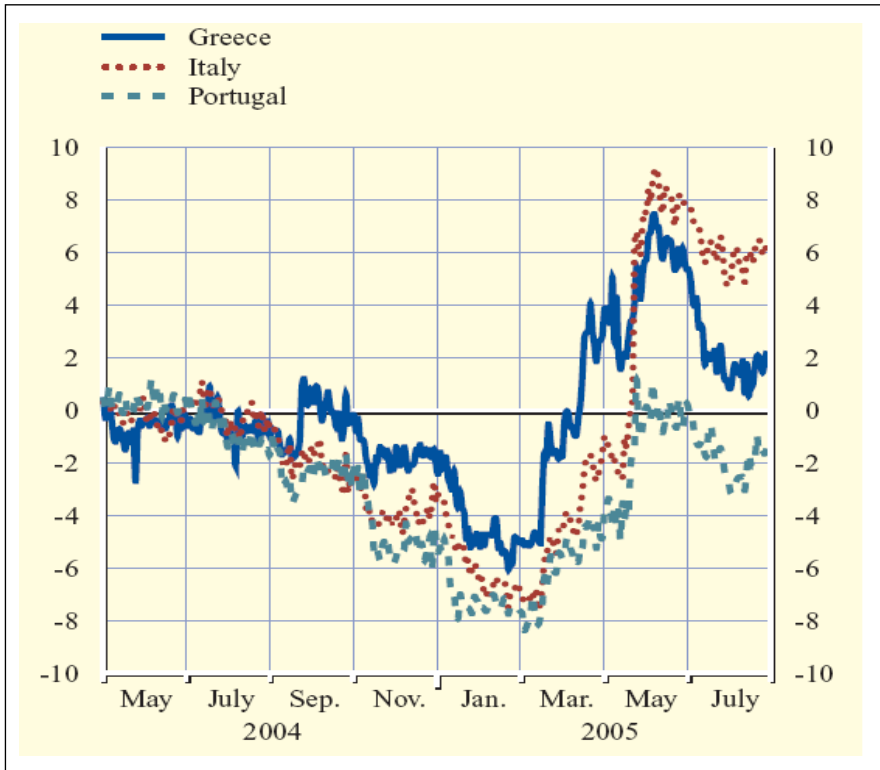
	Mai 2004	Veränderung	August 2005
Belgien	AA+		AA+
Deutschland	AAA		AAA
Griechenland	A+		A (Nov. 2004)*
Spanien	AA+		AAA (Dez. 2004)*
Frankreich	AAA		AAA
Irland	AAA		AAA
Italien	AA		AA- (Juli 2004)*
Niederlande	AAA		AAA
Österreich	AAA		AAA
Portugal	AA		AA- (Juni 2005)*
Finnland	AAA		AAA

\* in Klammern das Datum der Ratingsänderung

Quelle: in Anlehnung an ECB (2005, Seite 32)

Weiterhin hat diese Abstufung des Ratings auch Konsequenzen für die Risikoeinschätzung durch die Finanzmarktteilnehmer. In der Abbildung 3 werden die kumulierten Veränderungen der Renditeabstände ausgewählter Staatsanleihen gegenüber Deutschland seit Mai 2004 dargestellt. Wie aus der Abbildung ersichtlich wird, ist der Renditeabstand griechischer Staatspapiere nach dem Bekannt werden der Falschmeldungen im September 2004 zum einen volatiler geworden und zum anderen lässt sich ein Anstieg der Verzinsung griechischer Staatsanleihen vor allem nach der zweiten Datenrevision im März 2005 beobachten. Es ist somit für den griechischen Staat teurer geworden, Kapital am Finanzmarkt aufzunehmen. Dies zeigt deutlich, dass in den Augen der Finanzmarktteilnehmer die Unsicherheit eines Investments in griechische Anleihen zugenommen hat. Somit ist auch die Risikoprämie die Investoren für ein Investment verlangen, gestiegen.

Abbildung 3: Kumulierte Veränderungen der Renditeabstände ausgewählter Staatsanleihen gegenüber Deutschland seit Mai 2004



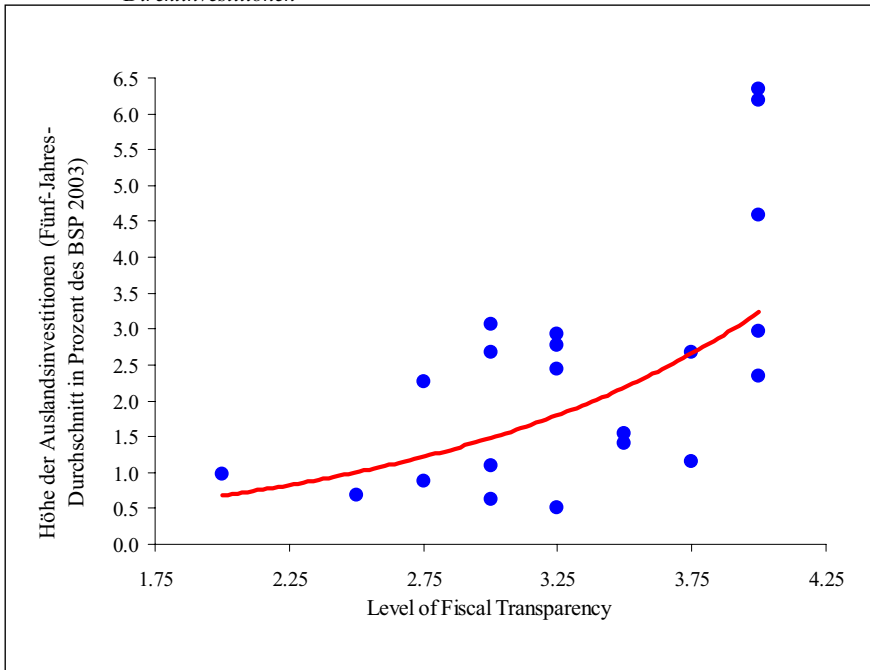
Quelle: ECB (2005, Seite 31)

Somit können für das Beispiel Griechenland zwei Folgen der Falschmeldungen festgehalten werden: *Erstens* sind potentielle Investoren vorsichtiger geworden in den griechischen Markt zu investieren. *Zweitens* ist es für den Staat teurer geworden seine Schuldner zu bedienen. Dies ist besonders vor dem Hintergrund des hohen Schuldenstandes Griechenlands relevant.<sup>14</sup>

<sup>14</sup> Laut STANDARD&POOR'S (2005, Seite 73) hat Griechenland für seine Ratingklasse einen überdurchschnittlichen Verschuldungsstand von 110,5 Prozent der Wirtschaftsleistung, während der Median der Verschuldung für alle mit der Bonität A bewerteten Länder bei nur 37,8 Prozent der Wirtschaftsleistung liegt.

Der Fall Griechenland zeigt aber, dass Intransparenz auch Vorteile haben kann. Der Europäische Rat hätte bei seinem Treffen im Juni 2000 im portugiesischem Santa Maria da Feira mit ziemlicher Sicherheit nicht für die verspätete Aufnahme Griechenlands zum 1. Januar 2001 in die Europäische Währungsunion plädiert, wenn das wahre Ausmaß des griechischen Haushaltsdefizits zu diesem Zeitpunkt bekannt gewesen wäre. Griechenland profitiert als kleine Volkswirtschaft in ganz besonderem Maße von der mit dem EU-Beitritt einhergehenden Stabilisierung seiner Währung und des Zinsniveaus, als auch von der Integration seines Schuldenstandes in den Euroraum.<sup>15</sup>

Abbildung 4: Zusammenhang zwischen fiskalischer Transparenz und der Höhe der Direktinvestitionen



Quelle: OXFORD ANALYTICA und UNCTAD (2005) und eigene Berechnungen

<sup>15</sup> Vgl. SCHARRER (1999, Seite 65): „Für Griechenland bedeutet die Teilnahme an der Währungsunion aus ökonomischer Sicht die Teilnahme an den statischen und dynamischen Gewinnen des einheitlichen Währungsraums [...]“

In der Abbildung 4 wird der empirisch beobachtbare Zusammenhang zwischen dem Grad der fiskalischen Transparenz und der Höhe der Direktinvestitionen in einem Land deutlich. Mit dem Indexwert für die fiskalische Transparenz<sup>16</sup> steigt auch die Bereitschaft in ein Land zu investieren (gemessen am Fünf-Jahres Durchschnitt der Direktinvestitionen von 1999 bis 2003 als Prozent der Wirtschaftsleistung des Jahres 2003).

Neben diesem Beispiel kann dieser Wirkungszusammenhang auch theoretisch behandelt werden. Der Ökonom ERBAŞ (2004) zeigt mit Hilfe eines Modells basierend auf den Erkenntnissen der “prospect theory”<sup>17</sup>, dass für jede gegebene erwartete Auszahlungsstruktur einer Investition die erwartete Rendite umso höher ist, je transparenter ein Land ist, weil dadurch die Unsicherheit der zukünftigen Zustände reduziert wird. Transparente Länder können somit *ceteris-paribus* mehr Kapitalzuflüsse generieren. Da der positive Zusammenhang zwischen Auslandsinvestitionen und ökonomischer Entwicklung als weitgehend gesichert gilt, ist somit auch der positive Zusammenhang zwischen fiskalischer Transparenz und ökonomischer Entwicklung zu erklären.

Ein ähnliches Ergebnis findet sich auch in einer Analyse von GELOS und WEI (2002), die unter anderem den Zusammenhang zwischen fiskalischer Transparenz und internationalen Kapitalströmen untersuchen. Es kann nicht nur gezeigt werden, dass niedrige Transparenz die Höhe der Investitionen schmälert, sondern auch dass ein zunehmendes „Herdenverhalten“<sup>18</sup> der Investoren zu beobachten ist. Dieser Umstand erhöht die Volatilität und Wahrscheinlichkeit für Finanzkrisen in Schwellenökonomien (Emerging Markets), da es zu einem schnelleren Zu- und Abfluss der Investments kommen kann.

---

<sup>16</sup> Der hier verwendete Indexwert für fiskalische Transparenz wird von der Beratungsfirma *OXFORD ANALYTICA* im Auftrag des Rentenfonds der kalifornischen Staatsbediensteten, California Public Employees' Retirement System (CalPERS), ermittelt. Oxford Analytica generiert für die ausschließlich qualitativen Berichte des IWFs bezüglich der Einhaltung des Codes of Good Practices on Fiscal Transparency einen numerischen Indexwert, der zwischen 1 (am wenigsten transparent) und 5 (am transparentesten) liegt.

<sup>17</sup> Die Begründer der prospect theory sind die beiden Ökonomen KAHNEMAN, der für seine Arbeit 2002 den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften erhielt, und TVERSKY. Siehe dazu KAHNEMAN und TVERSKY (1979).

<sup>18</sup> Unter diesem Begriff, der den verhaltenstheoretisch fundierten Erklärungsansätzen von Finanzmarktanomalien (*Behavioral Finance*) entstammt, versteht man die Tatsache, dass Investoren nur in ein Land investieren, weil sie beobachten, dass andere Investoren auch in diesem Land investiert sind.



Nach dieser Darstellung möglicher Wirkungskanäle fiskalischer Transparenz werden im nächsten Abschnitt zunächst die daraus resultierenden Implikationen für die Finanzpolitik eines Landes im Allgemeinen aufgezeigt. Im zweiten Teil des nächsten Abschnittes wird dann die Finanzpolitik Bosnien-Herzegovinas vor allem vor dem Hintergrund des Staatsaufbaus in Bezug auf fiskalische Transparenz beleuchtet.

#### **4 Implikationen für die Finanzpolitik und der Fall Bosnien-Herzegovinas**

Im letzten Abschnitt sollen mögliche Implikationen der bisherigen Ergebnisse für die Ausgestaltung der Finanzpolitik im Allgemeinen und für den Fall Bosnien-Herzegovinas im Speziellen aufgezeigt werden. Allgemein lassen sich im Hinblick auf die transparentere Ausgestaltung der Finanzpolitik drei kritische Bereiche festhalten.

*Erstens* ist ein wichtiger Aspekt die Stärkung der Verantwortlichkeiten innerhalb des Staatsapparates. Nur wenn innerhalb des Staatssektors klare Zuständigkeiten definiert sind, können auch die Ergebnisse von staatlichem Handeln jeweils den zuständigen Stellen zugeordnet werden. Dazu bedarf es einem ausdrücklichen Bekenntnis der politischen Führung eines Landes. *Zweitens* kann die Finanzpolitik eines Landes durch die Einführung eines leistungsfähigen EDV gestützten Buchhaltungssystems (Treasury System), welches umfassend alle staatlichen Aktivitäten quantitativ bzw. qualitativ<sup>19</sup> mit einschließt, entscheidend verbessert werden. *Drittens* müssen oft auf Grund unrealistischer Prognosen der makroökonomischen Rahmenbedingungen und einer übermäßig optimistischen Einschätzung der Entwicklung der Einnahmeseite die geplanten staatlichen Maßnahmen während der Budgetausführung mehrfach revidiert werden. Daher ist ein weiterer Ansatzpunkt zur Erhöhung der Transparenz der Finanzpolitik, die Einbettung des Budgetprozesses in eine mittelfristige Finanzplanung und die Stärkung des makroökonomischen Prognose Rahmens.

---

<sup>19</sup> Eine qualitative Erfassung staatlicher Aktivitäten macht beispielsweise bei Eventualverbindlichkeiten (contingent liabilities) Sinn. Da die Fälligkeit dieser Verbindlichkeiten von dem Eintritt eines Ereignisses in der Zukunft abhängen, ist die quantitative Erfassung dieser Maßnahmen nur schwer möglich. Als Minimal Kriterium sollten aber nicht quantifizierbare staatliche Maßnahmen zumindest qualitativ mit in den Berichten der Regierung erfasst sein.

Nun zur Situation in Bosnien-Herzegovina (BiH) im Speziellen: Ende 1995 endete mit dem Dayton-Friedensabkommen der Krieg in BiH. Bestandteil des Abkommens ist die Zusage, dass BiH ein eigener Staat bleibt, jedoch in zwei so genannte Entitäten aufgeteilt wird, in die Serbische Republik (Republika Srpska, RS) mit 49 Prozent des Staatsgebiets und in die Bosniakisch-Kroatische Föderation Bosnien-Herzegovina (FBiH) mit 51 Prozent des Staatsgebiets. Der staatliche Überbau über die Entitäten ist eher schwach ausgestaltet. Die FBiH ist wiederum in zehn Kantone eingeteilt, wobei die Kantone unter ethnischen Gesichtspunkten entsprechend ihrer Mehrheitsbevölkerung als bosnische, kroatische oder gemischte Kantone klassifiziert werden können.<sup>20</sup> Daneben existiert noch der autonome Bezirk Brčko. Die gebietsmäßige Verteilung BiHs wird anhand der folgenden Abbildung 5 ersichtlich.

Realpolitisch betrachtet ist diese Verfassung das Beste, was damals am Verhandlungstisch überhaupt zu erreichen war. Man muss daher beachten, dass der Staat<sup>21</sup> BiH ein Produkt von Dayton ist dessen Bildung vordergründig *politischen* Interessen, nicht aber *ökonomischem* Verstand diente.<sup>22</sup>

Die Verfassung sieht zwar die Souveränität und Völkerrechtsfähigkeit beim Zentralstaat angesiedelt, wie auch die Bereiche Außenpolitik, Währungs-, Zoll- und Geldpolitik. Verkompliziert wird die Sache aber durch diverse Proporzregelungen hinsichtlich der Besetzung dieser zentralen Organe und in Bezug auf die Zusammenarbeit von Parlament, Regierung und Staatspräsidium. Diese Regelungen verleihen jeder Volksgruppe de facto ein Vetorecht. Wegen seines komplizierten Staatsaufbaus wird BiH gelegentlich auch metaphorisch als "politischer Frankenstein"<sup>23</sup> bezeichnet: ein künstliches Gebilde von begrenzter Lebensdauer.

---

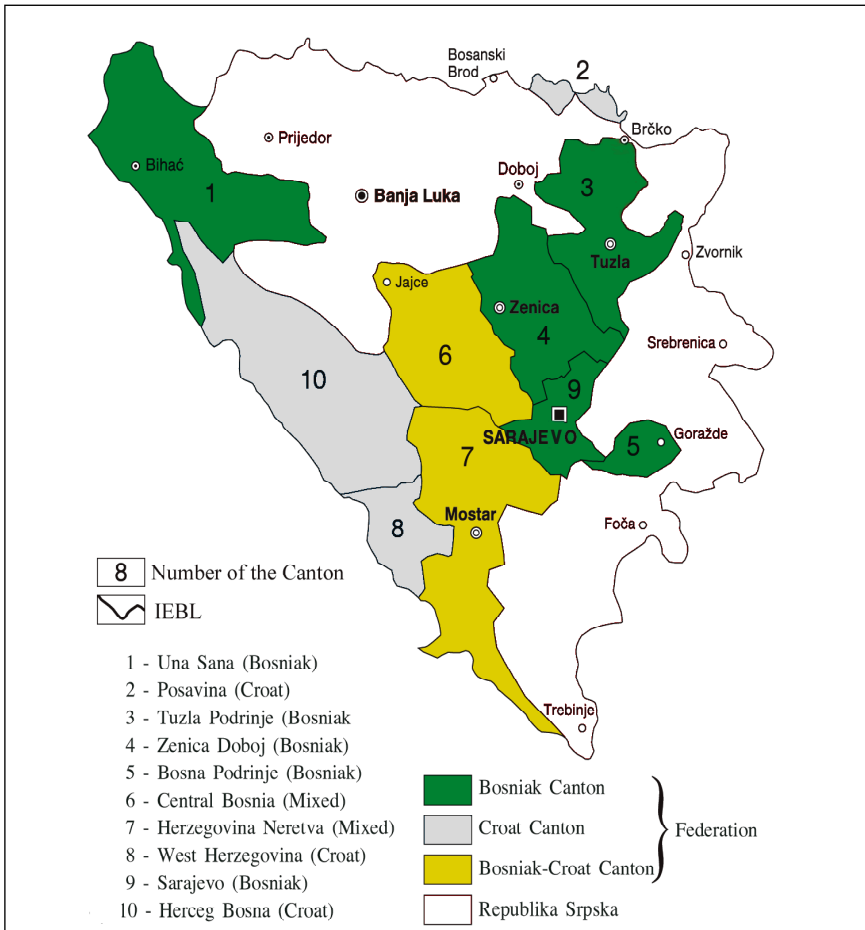
<sup>20</sup> Von den insgesamt zehn Kantonen gibt es hinsichtlich der ethnischen Zugehörigkeit fünf bosnische, drei kroatische und zwei gemischte Kantone.

<sup>21</sup> MELČIĆ (1999, S. 490) stellt hinsichtlich des komplizierten Staatsaufbaus die Frage, „ob das so geschaffene Gebilde unter traditionellen Kategorien überhaupt als Staat zu bezeichnen ist.“

<sup>22</sup> Die stark dezentralisiert ausgerichtete Struktur setzt in gewisser Weise die Tradition Jugoslawiens fort. Die sechs ehemaligen jugoslawischen Republiken waren im Gegensatz zu anderen sozialistischen Staaten ebenfalls von Beginn an weitgehend selbstständig ohne starken Zentralstaat.

<sup>23</sup> Der Begriff taucht unter anderem bei Đaković (2004) auf: "Mogu razumjeti da jedna majka rodi troje djece, ali da tri majke rode jedno dijete, to mi je nezamislivo, to je politički Frankenštajn". („Ich kann verstehen, dass eine Mutter drei Kinder gebärt, aber dass drei Mütter ein Kind gebären, das ist mir unverständlich, das ist ein politischer Frankenstein.“)

Abbildung 5: Gebietsmäßiger Staatsaufbau Bosnien-Herzegovinas

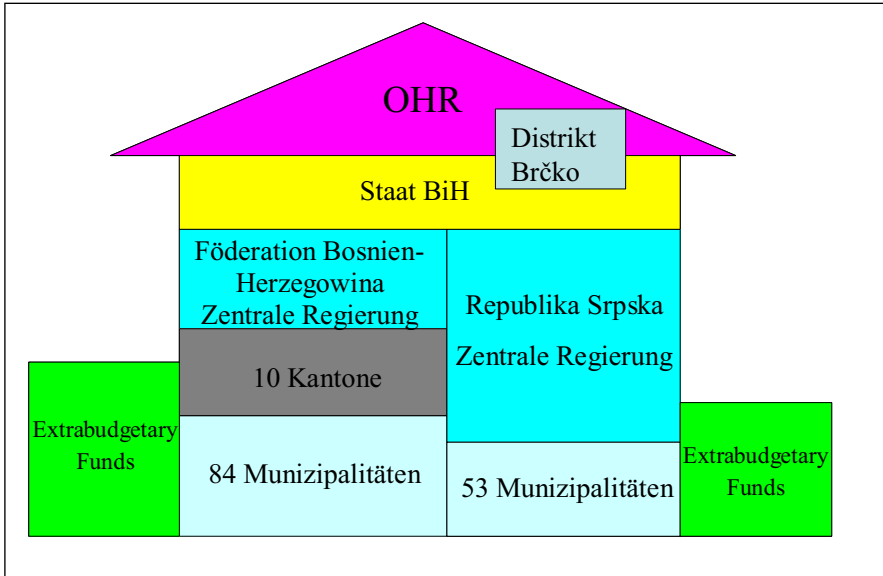


Quelle: OFFICE OF THE HIGH REPRESENTATIVE (2005).

Die Struktur des Staatsaufbaus spiegelt sich auch in der Finanzpolitik wider, d.h. BiH ist ein hoch dezentralisierter Staat. So gibt es in der RS eine zentrale Regierung und 53 Munizipalitäten. In der FBiH gibt es eine zentrale Regierung, zehn Kantone und 84 Munizipalitäten. Daneben existiert noch der autonome Bezirk Brčko. Zusätzlich gibt es noch in den beiden Staatshälften RS und FBiH verschiedene außerbudgetäre Sondervermögen (Extrabudgetary Funds, EBFs), wie

zum Beispiel in Bezug auf die Rentenkasse oder das Gesundheitssystem. Ein Schema dieses finanzpolitischen Staatsaufbaus BiHs ist in Abbildung 6 zu sehen.

Abbildung 6: Gegenwärtiger finanzpolitischer Staatsaufbau Bosnien-Herzegowinas



Quelle: INTERNATIONALER WÄHRUNGSFOND (2004, Seite 17)

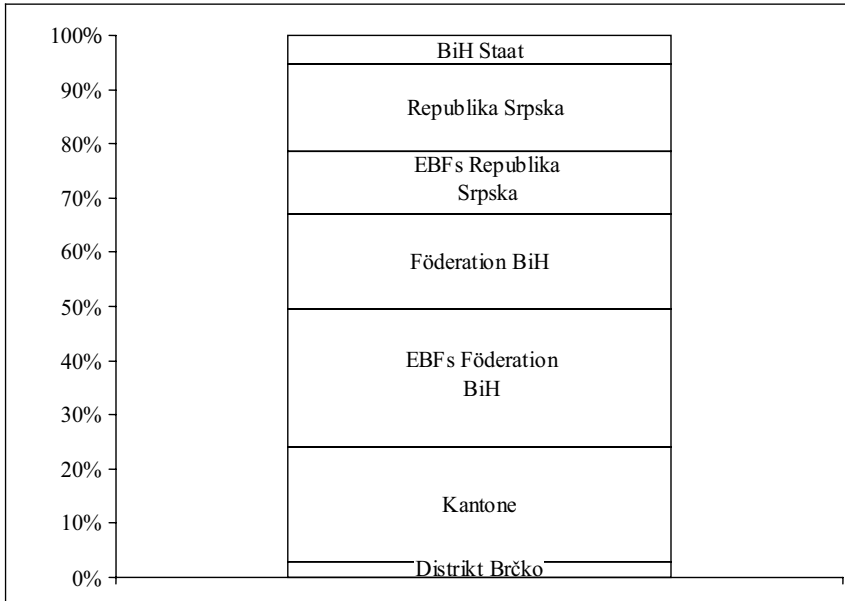
Die zersplitterte Architektur der Finanzpolitik und die Tatsache, dass jede dieser Einheiten eine mehr oder weniger autonome Finanzpolitik betreiben, erschweren erheblich die Durchführung einer koordinierten, gesamtstaatlichen Finanzpolitik. Aus dem Staatsaufbau ergeben sich folgende ausgewählte Probleme:<sup>24</sup>

*Erstens* fehlt eine Zentralinstanz zur Aufstellung, Überwachung und Koordinierung der gesamtstaatlichen Haushaltsbilanz. Üblicherweise ist dies Aufgabe des Finanzministeriums eines Landes. In BiH aber hat jede Entität ihr eigenes Finanzministerium wobei die gesamtstaatliche Ebene eher schwach ausgestaltet ist. So betragen die Ausgaben der Staatsebene BiHs beispielsweise nur vier Prozent der Gesamtausgaben, d.h. die Rolle und der Einfluss dieser obersten Staatsebene bleibt stark eingeschränkt. Die Ausgabenanteile an den Gesamtausgaben der jeweiligen staatlichen Einheiten sind in der folgenden

<sup>24</sup> Die nun folgende Aufzählung möglicher Problemfelder ist nicht abschließend.

Abbildung 7 dargestellt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass im Hinblick auf die Zuverlässigkeit der Daten die Ausgaben der Munizipalitäten nicht mit aufgeführt sind.

Abbildung 7: Ausgabenanteile der jeweiligen Staatsebenen an den Gesamtausgaben im Jahre 2004 (ohne Munizipalitäten)



Quelle: Eigene Darstellung anhand von ZENTRALBANK BOSNIEN-HERCEGOVINAS (2005)

Die staatliche Ebene BiHs verfügt neben den Einnahmen aus Gebühren über keine eigenständige Einnahmequelle und ist somit bezüglich seiner Einnahmeseite von Transfers der beiden Entitäten abhängig, was die Verhandlungsmacht der Staatsebene bei schwierigen Fragen nicht gerade erhöht.<sup>25</sup>

Zweitens ist auf der Makro-Ebene fiskalische Stabilisierungspolitik nur stark eingeschränkt möglich, weil ebenfalls ein zentrales Koordinierungsorgan fehlt.

Drittens ist die notwendige Koordinierung der Regionalpolitik um die starken Einkommensungleichheiten zwischen den einzelnen ethnischen Gebieten zu

<sup>25</sup> Von den Zahlungen der Entitäten an den Staat kommen zwei Drittel von der FBiH und ein Drittel von der RS.

verringern, durch die schwache Stellung der gesamtstaatlichen Ebene nur sehr begrenzt möglich.<sup>26</sup>

*Viertens* gibt es eine Reihe von Überschneidung von Zuständigkeiten zwischen Staat und Entitäten. Zum Beispiel legt der Staat die Zollpolitik fest, aber die Zuständigkeiten für die Administration des Zolls liegen bei den Entitäten. Ungeklärt ist, wer die Höhe der einzelnen Zölle festlegt, wer über Ausnahmetatbestände bzw. Problemfälle entscheidet und wie genau die Zolleinnahmen verteilt werden.

*Fünftens* kann die föderale Leitungsebene der FBiH über die Steuersätze und Bemessungsgrundlagen entscheiden, die zusammengenommen zu einem nicht unerheblichen Teil das Steueraufkommen der Kantone determinieren. Die strukturelle Schwäche dieser Regelung besteht darin, dass die Föderation BiH einen Anreiz hat Steuervergünstigungen (tax expenditures) zu gewähren, weil die Föderation in den alleinigen Genuss der politischen Vorteile steuerlicher Zugeständnisse kommt, während die Kosten in Form von entgangenen Steuereinnahmen auf die Kantone externalisiert werden können.<sup>27</sup>

Festzuhalten bleibt also, dass der Staat eine Reihe von Aufgaben effizienter wahrnehmen könnte, als die jeweils untergeordneten staatlichen Ebenen. Hier sollten die Zuständigkeiten innerhalb des Staates hinsichtlich des Kriteriums der Subsidiarität nochmals neu überdacht werden. Die Schwierigkeit liegt aber zugegebenermaßen darin, dass einer Neuverteilung der Aufgaben alle Volksgruppen zustimmen müssten.

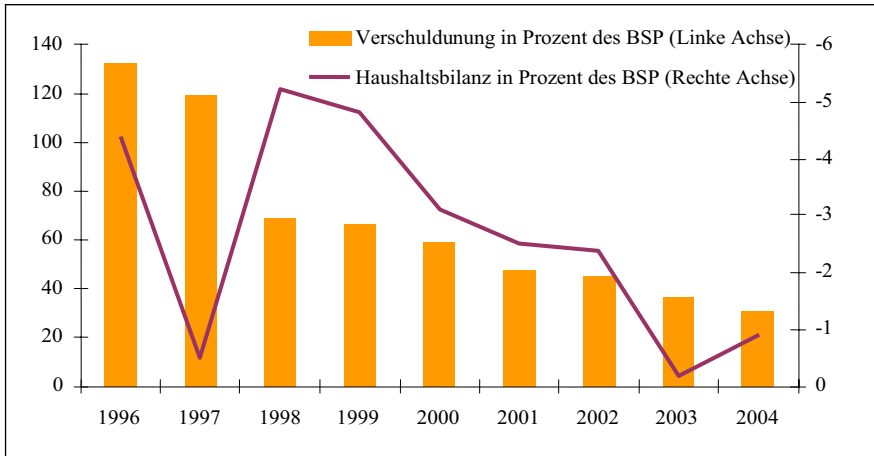
Als der neue Staat BiH im Dezember 1995 geformt wurde, stand BiH quasi vor einem Neuanfang. Seitdem hat BiH fiskalpolitisch bereits einiges erreicht. So wurde im Jahre 1998 das Organic Budget Law eingeführt und im Jahre 2000 wurde ein Treasury Single Account eingerichtet. Die Ergebnisse dieser Politik und die Folgen der enormen Konsolidierungsanstrengungen BiHs während der letzten Jahre kann man in der Abbildung 8 erkennen: Die Verschuldung BiHs wurde konsequent zurückgefahren und der Haushalt ist nahezu ausgeglichen.

---

<sup>26</sup> Schätzungen der Einkommenssituation nach dem Krieg zeigen ein hohes Ausmaß an ethnischer Disparität. Die WELTBANK (1996) schätzt das Pro-Kopf Einkommen in dem bosnischen Teil der FBiH auf 500 US\$, im kroatischen Teil der FBiH auf 1.800 US\$ und in der RS auf 1.000 US\$.

<sup>27</sup> Siehe dazu beispielsweise FOX und WALLICH (1998, Seite 286): "Tulza canton has already complained that concessions given by the Federation to reduce the electric company's wage taxes have significantly reduced Tulza's receipts."

Abbildung 8: Haushaltsbilanz und Verschuldung in Prozent des BSP für Bosnien-Herzegovina



Quelle: EBRD (—) (Verschiedene Ausgaben und eigene Berechnungen)

Allerdings birgt das hohe Leistungsbilanzdefizit von ca. 17 Prozent der Wirtschaftsleistung im Jahr 2004 ein gewisses Risiko. Ferner droht die Großzahl von ausstehenden kriegsbedingten Forderungen<sup>28</sup> gegenüber der Regierung in den nächsten Jahren die Ausgabenseite so stark zu belasten, dass zu deren Begleichung die bisher erzielte Konsolidierung noch nicht ausreichen dürfte.

Nach dieser fiskalischen Konsolidierung sollte jetzt in einem zweiten Reformschritt die Entflechtung der finanzpolitischen Architektur angegangen werden. Dazu sind bereits erste Weichenstellungen erfolgt:

Erstens bietet die geplante Einführung der Mehrwertsteuer (VAT) Anfang 2006 die Möglichkeit, die Finanzierungslage der Staatsebene erheblich zu verbessern, wobei auch neu über die Verteilung der Staatseinnahmen zu diskutieren sein wird. Es sollte dabei auf eine teilweise Finanzierung der staatlichen Ebene BiH aus den Einnahmen der Mehrwertsteuer hingewirkt werden, so dass die höchste Ebene im Staat nicht länger alleine von den Transfers der Entitäten abhängig ist. Zweitens wurde die Gründung eines National Fiscal Councils (NFC), das zwischen den Finanzministerien bezüglich der Finanzpolitik vermitteln soll angeregt. Es ist

<sup>28</sup> Das Ausmaß der ausstehenden kriegsbedingten Forderungen gegenüber dem Staat sind beträchtlich. So schätzt der IWF die Summe der ausstehenden Forderungen auf über 200 Prozent des Bruttosozialprodukts (siehe INTERNATIONALER WÄHRUNGSFOND 2005, Seite 8). Die Forderungen begründen sich vor allem auf Mitteln kriegsbedingt eingefrorener Konten und auf privaten Forderungen nach Wiedergutmachung gegenüber dem Staat.

beabsichtigt, dass das NFC aus der Indirect Tax Authority (ITA), die bereits heute die gesamtstaatlichen Einnahmen der indirekten Steuern zentral sammelt um diese dann wieder auf die verschiedenen Staatsebenen zu verteilen, hervorgeht. Besetzt wird das NFC mit den drei Premierministern des Gesamtstaates, den Finanzministern und dem Gouverneur der Zentralbank. Durch die Gründung eines NFCs sind zwar viele Probleme fehlender zentralstaatlicher Koordination noch nicht gelöst, aber es ist ein Schritt in die richtige Richtung, das fiskalische Gerüst transparenter zu gestalten. Dieses Unternehmen ist jedoch zum Scheitern verurteilt, wenn es nicht ein klares politisches Bekenntnis für eine stärkere Koordinierung der Finanzpolitik über die drei Landesteile hinweg gibt. Der zehnte Jahrestag von Dayton wäre hierzu ein geeigneter Anlass, den gegenwärtigen Staatsaufbau und die Zuständigkeiten neu zu überdenken.

## **5 Zusammenfassung und Ausblick**

Fiskalische Transparenz – die Offenheit bezüglich der Planung, Formulierung und Implementierung der Finanzpolitik – ist ein wichtiges Konzept der gegenwärtigen entwicklungspolitischen Diskussion. Zugleich ist aber auch in Industrieländern unter anderem im Zusammenhang mit der Einführung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes ein stärkeres Interesse an transparenter Haushalt- und Finanzpolitik gegeben. Bereits die genaue, trennscharfe Definition des Begriffes birgt gewisse Abgrenzungsprobleme. So hielten die Ökonomen ALESINA und PEROTTI (1996) fest, dass ihre empirischen Forschungsergebnisse wahrscheinlich mehr über die Schwierigkeiten der Messung von Transparenz aussagen, als über die positiven Auswirkungen auf die Haushaltsdisziplin.<sup>29</sup> Einen Schritt weiter gehen DRABEK und PAYNE (2001) indem sie die übermäßige Verwendung des Transparenzbegriffes anmahnen.<sup>30</sup>

Diese negativen Einschätzungen resultieren vor allem aus der Tatsache, dass das Konzept der fiskalischen Transparenz in die Politikberatung Einzug hielt, ohne dass dies eine ausreichende modelltheoretische Fundierung zwingend erforderlich gemacht hätte.

In dieser Arbeit wurden zwei mögliche Wirkungskanäle fiskalischer Transparenz aufgezeigt: *Erstens* über die Verringerung der Korruption und *zweitens* über den

---

<sup>29</sup> ALESINA und PEROTTI (1996, Seite 405): “results on transparency probably say more about the difficulty of measuring it, than about its effect on fiscal discipline”

<sup>30</sup> DRABEK und PAYNE (2001, Seite 3): “The term ‘transparency’ may be even currently somewhat ‘overused’.”



Kanal der Auslandsinvestitionen, d.h. transparentere Länder können *ceteris paribus* mehr Auslandsinvestitionen attrahieren. Zukünftige Forschung sollte diese intuitiv einleuchtenden Wirkungsmechanismen unter Zuhilfenahme volkswirtschaftlicher Methoden näher beleuchten.

Der letzte Teil der Arbeit zeigte, dass BiH seit den Friedensabkommen von Dayton hinsichtlich des „Nation und Institutions Buildings“ schon erste Erfolge erzielt hat. Auch die Staatsfinanzen sind auf Konsolidierungskurs, der Haushalt ist nahezu ausgeglichen und die Verschuldung wurde schrittweise abgebaut. Allerdings birgt das hohe Leistungsbilanzdefizit von ca. 17 Prozent der Wirtschaftsleistung im Jahr 2004 ein gewisses Risiko für diesen Konsolidierungskurs. Ferner droht die Großzahl ungeklärter kriegsbedingter Forderungen gegenüber der Regierung in den nächsten Jahren die Ausgabenseite stark zu belasten, zu deren Bewältigung die bisher erzielte Konsolidierung noch nicht ausreichen dürfte.

Auch bezüglich der Erhöhung der fiskalischen Transparenz hat BiH erste Schritte in die richtige Richtung unternommen. Allerdings bleibt das zentrale Problem die starke Zersplitterung des Staates und damit auch der Finanzpolitik, d.h. es fehlt eine zentrale Koordinierung auf der obersten Ebene. Letztere sollte in Bezug auf die Koordinierungsrolle der gesamtstaatlichen Finanzpolitik hinsichtlich ihrer Kompetenzen gestärkt werden. Die geplante Einführung der Mehrwertsteuer Anfang 2006, die die Finanzierungsmöglichkeiten der Staatsebene erheblich verbessern kann und die Gründung eines National Fiscal Councils (NFC), das zwischen den einzelnen Staatsteilen bezüglich der Finanzpolitik vermitteln soll, sind erste Schritte, um die Staatsebene BiHs zu stärken und ihr die gesamtstaatliche Finanzpolitik zu übertragen.

Ein wirklicher Durchbruch kann aber erst erzielt werden, wenn alle drei Volksgruppen zehn Jahre nach dem Abkommen von Dayton gemeinsam die Chance ergreifen und die gegenwärtige Staatsordnung neu überdenken. Ermutigend ist die Aussage des Außenministers BiHs, MLADEN IVANIĆ: „Was heute möglich ist in Bosnien, wäre vor einigen Jahren nicht möglich gewesen, und in einigen Jahren wird vielleicht möglich sein, was derzeit noch unmöglich scheint.“<sup>31</sup>

---

<sup>31</sup> Interview mit MLADEN IVANIĆ, Außenminister BiH, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG (2005, Seite 6)

## 6 Literaturverzeichnis

- ACEMOGLU, DARON; SIMON JOHNSON und JAMES A. ROBINSON (2001). The Colonial Origins of Comparative Development: An Empirical Investigation. *American Economic Review*. Vol 91. No 5. Seiten 1369-1401.
- ALESINA, ALBERTO und ROBERTO PEROTTI (1996). Fiscal Discipline and the Budget Process. *American Economic Review*. Vol 86. No 2. Seiten 401-407.
- CAMPOS, NAURO F. (2000). Context Is Everything: Measuring Institutional Change in Transition Economies. *Policy Research Working Paper No 2269*. Weltbank. Washington D.C.
- ĐAKOVIĆ, MATO (2004). Dejtonski ustav. In: *Nezavisne Novine* ("Unabhängige Nachrichten"). Internetausgabe (vom 7.8.2004).
- DRABEK, ZDENEK und WARREN PAYNE (2001). The Impact of Transparency on Foreign Direct Investment. *Staff Working Paper. ERAD-99-02*. Economic Research and Analysis Division. Welthandelsorganisation. Genf.
- EBRD (—). Transition Report. Verschiedene Ausgaben. European Bank for Reconstruction and Development. London.
- ERBAŞ, S. NURI (2004). Ambiguity, Transparency, and Institutional Strength. *IMF Working Paper No 04/115*. Internationaler Währungsfond. Washington D.C.
- ECB (2005). *Monthly Bulletin*. September 2005. European Central Bank. Frankfurt am Main.
- FOX, WILLIAM und CHRISTINE WALLICH (1998). Bosnia-Herzegowina: Fiscal federalism – the Dayton challenge. in: Richard M. Bird und François Vaillancourt (eds.). *Fiscal Decentralization in Developing Countries*. Cambridge University Press. Seiten 271-300
- FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG (2005). Dayton kann nicht das letzte Wort sein. Interview mit Mladen Ivanić, Außenminister BiH, geführt von Michael Martens. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. November 2005. Seite 6.
- GELOS, R. GASTON und SHANG-JIN WEI (2002). Transparency and International Investor Behavior. *NBER Working Paper. No 9260*. October 2002. Cambridge.
- HAVRYLYSHYN, OLEH und RON VAN ROODEN (2000). Institutions Matter in Transition, but so do Policies. *IWF Working Paper No 00/70*. Internationaler Währungsfond. Washington. D.C.
- HOFF, KARLA und JOSEPH E. STIGLITZ (2001). Modern Economic Theory and Development. in: *Frontiers of Development Economics. The Future in Perspective*. Meier, Gerald M. und Joseph E. Stiglitz (Hrsg.). Revised papers from the symposium on "The Future of Development Economics" held in Dubrovnik in May 1999. Oxford University Press.
- INTERNATIONALER WÄHRUNGSFOND (2005). Bosnia and Herzegowina: 2005 Article IV Consultation. *IWF Länderbericht No 05/199*. Internationaler Währungsfond. Washington D.C.
- INTERNATIONALER WÄHRUNGSFOND (2004). Bosnia and Herzegowina: Selected Economic Issues. *IWF Länderbericht No 04/54*. Internationaler Währungsfond. Washington D.C.
- INTERNATIONALER WÄHRUNGSFOND (2001). Manual on Fiscal Transparency. Änderung vom 28. Februar 2001. Fiscal Affairs Department. Internationaler Währungsfond. Washington D.C.
- INTERNET CENTER FOR CORRUPTION RESEARCH (2005). Internet Center for Corruption Research. Gemeinsame Initiative der Universität Passau und Transparency International. Corruption Perceptions Index 2005. Oktober 2005. www.icgg.org.
- KAHNEMAN, DANIEL und AMOS TVERSKY (1979). Prospect Theory: An Analysis of Decision under Risk. *Econometrica*. Vol 47(2). Seiten 263-292.
- KAUFMANN, DANIEL und SHANG-JIN WEI (1999). Does 'Grease Money' Speed Up the Wheels of Commerce? *NBER Working Paper No 7093*. National Bureau of Economic Research.

- KAUFMANN, DANIEL (1997). Corruption: The Facts. *Foreign Policy*. No107. Seiten 114-131.
- KERWER, DIETER (2005). Rules that Many Use: Standards and Global Regulation. *Governance*. Vol 18. No 4. Seiten 611-632.
- KOCH-WESER, CAIO K.; DIETMAR HORNING und HORST TOMANN (2004). Zur Diskussion gestellt: Code of Good Practices on Fiscal Transparency, *ifo Schnelldienst*. 57. Jg. 39.-40.KW. September 2004. Institut für Wirtschaftsforschung. München. Seiten 3-10.
- KOPITS, GEORGE und JON CRAIG (1998). Transparency in Government Operations. *IMF Occasional Paper. No 158*. Internationaler Währungsfond. Washington D.C.
- LIN, JUSTIN YIFU und JEFFREY B. NUGET (1995). Institutions and Economic Development. in: J. Behrman und T.N. Srinivasan (Hrsg.). *Handbook of Development Economics*. Vol III. Ch 38. Amsterdam. North-Holland.
- MELČIĆ, DUNJA (1999). *Der Jugoslawien-Krieg. Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen*. Westdeutscher Verlag. Opladen. Wiesbaden.
- NORTH, DOUGLAS C. (1990). *Institutions, institutional change and economic performance*. Cambridge University Press.
- OECD (2005). OECD Economic Surveys Greece. Organisation for Economic Development and Co-operation. Paris.
- OECD (2001). OECD Best Practices for Budget Transparency. Organisation for Economic Development and Co-operation. Paris.
- OECD (1998). Convention on Combating Bribery of Foreign Public Officials in International Business Transactions. Working Group on Bribery in International Business Transactions. *Report No DAF/IME/BR(97)20* (Unclassified). Organisation for Economic Development and Co-operation. Paris.
- OFFICE OF THE HIGH REPRESENTATIVE (2005). Hoher Repräsentant für Bosnien-Herzegovina. [www.ohr.int](http://www.ohr.int).
- POTERBA, JAMES M. und JÜRGEN VON HAGEN (1999). *Fiscal Institutions and Fiscal Performance*. University of Chicago Press. Chicago und London.
- RODRIK, DANI (2000). Institutions for High-Quality Growth: What They Are and How to Acquire Them. *Studies in Comparative International Development*. Vol 35. No 3. Seiten 3-31.
- SCHARRER, HANS-ECKART (1999). Ökonomische Kosten und Nutzen der Teilnahme an der EWU für Griechenland. in: *Griechenland auf dem Weg zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion*. Mary Papschinopoulou (Hrsg.). Schriftenreihe des Europa-Kollegs Hamburg zur Integrationsforschung. Band 24. Nomos Verlagsgesellschaft. Athen und Baden-Baden. Seiten 61-73.
- STANDARD&POOR'S (2005). Sovereign Ratings in Europe. Mai 2005. Standard&Poor's Rating Service. London.
- STIGLITZ, JOSEPH E. (2002). New perspectives on public finance: recent achievements and future challenges, *Journal of Public Economics*. Vol 86. No 3. Seiten 341-360.
- UNCTAD (2005). United Nations Conference on Trade and Development. Foreign Direct Investment database. [www.unctad.org](http://www.unctad.org).
- WELTBANK (1996). Bosnia and Herzegovina: Toward Economic Recovery. *World Bank Country Study*. Washington D.C.
- ZENTRALBANK BOSNIEN-HERZEGOVINAS (2005). Datenbank: Government Finance Statistics. [www.cbbh.gov.ba/en/statistics.html](http://www.cbbh.gov.ba/en/statistics.html).



## BERG Working Paper Series on Government and Growth

---

- 1 Mikko **Puhakka** and Jennifer P. **Wissink**, Multiple Equilibria and Coordination Failure in Cournot Competition, December 1993
- 2 Matthias **Wrede**, Steuerhinterziehung und endogenes Wachstum, December 1993
- 3 Mikko **Puhakka**, Borrowing Constraints and the Limits of Fiscal Policies, May 1994
- 4 Gerhard **Illing**, Indexierung der Staatsschuld und die Glaubwürdigkeit der Zentralbank in einer Währungsunion, June 1994
- 5 Bernd **Hayo**, Testing Wagner`s Law for Germany from 1960 to 1993, July 1994
- 6 Peter **Meister** and Heinz-Dieter **Wenzel**, Budgetfinanzierung in einem föderalen System, October 1994
- 7 Bernd **Hayo** and Matthias **Wrede**, Fiscal Policy in a Keynesian Model of a Closed Monetary Union, October 1994
- 8 Michael **Betten**, Heinz-Dieter **Wenzel**, and Matthias **Wrede**, Why Income Taxation Need Not Harm Growth, October 1994
- 9 Heinz-Dieter **Wenzel** (Editor), Problems and Perspectives of the Transformation Process in Eastern Europe, August 1995
- 10 Gerhard **Illing**, Arbeitslosigkeit aus Sicht der neuen Keynesianischen Makroökonomie, September 1995
- 11 Matthias **Wrede**, Vertical and horizontal tax competition: Will uncoordinated Leviathans end up on the wrong side of the Laffer curve? December 1995
- 12 Heinz-Dieter **Wenzel** and Bernd **Hayo**, Are the fiscal Flows of the European Union Budget explainable by Distributional Criteria? June 1996
- 13 Natascha **Kuhn**, Finanzausgleich in Estland: Analyse der bestehenden Struktur und Überlegungen für eine Reform, June 1996
- 14 Heinz-Dieter **Wenzel**, Wirtschaftliche Entwicklungsperspektiven Turkmenistans, July 1996
- 15 Matthias **Wrede**, Öffentliche Verschuldung in einem föderalen Staat; Stabilität, vertikale Zuweisungen und Verschuldungsgrenzen, August 1996

- 16 Matthias **Wrede**, Shared Tax Sources and Public Expenditures, December 1996
- 17 Heinz-Dieter **Wenzel** and Bernd **Hayo**, Budget and Financial Planning in Germany, February 1997
- 18 Heinz-Dieter **Wenzel**, Turkmenistan: Die ökonomische Situation und Perspektiven wirtschaftlicher Entwicklung, February 1997
- 19 Michael **Nusser**, Lohnstückkosten und internationale Wettbewerbsfähigkeit: Eine kritische Würdigung, April 1997
- 20 Matthias **Wrede**, The Competition and Federalism - The Underprovision of Local Public Goods, September 1997
- 21 Matthias **Wrede**, Spillovers, Tax Competition, and Tax Earmarking, September 1997
- 22 Manfred **Dauses**, Arsène **Verny**, Jiri **Zemánek**, Allgemeine Methodik der Rechtsangleichung an das EU-Recht am Beispiel der Tschechischen Republik, September 1997
- 23 Niklas **Oldiges**, Lohnt sich der Blick über den Atlantik? Neue Perspektiven für die aktuelle Reformdiskussion an deutschen Hochschulen, February 1998
- 24 Matthias **Wrede**, Global Environmental Problems and Actions Taken by Coalitions, May 1998
- 25 Alfred **Maußner**, Außengeld in berechenbaren Konjunkturmodellen – Modellstrukturen und numerische Eigenschaften, June 1998
- 26 Michael **Nusser**, The Implications of Innovations and Wage Structure Rigidity on Economic Growth and Unemployment: A Schumpeterian Approach to Endogenous Growth Theory, October 1998
- 27 Matthias **Wrede**, Pareto Efficiency of the Pay-as-you-go Pension System in a Three-Period-OLG Modell, December 1998
- 28 Michael **Nusser**, The Implications of Wage Structure Rigidity on Human Capital Accumulation, Economic Growth and Unemployment: A Schumpeterian Approach to Endogenous Growth Theory, March 1999
- 29 Volker **Treier**, Unemployment in Reforming Countries: Causes, Fiscal Impacts and the Success of Transformation, July 1999
- 30 Matthias **Wrede**, A Note on Reliefs for Traveling Expenses to Work, July 1999
- 31 Andreas **Billmeier**, The Early Years of Inflation Targeting – Review and Outlook –, August 1999

- 32 Jana **Kremer**, Arbeitslosigkeit und Steuerpolitik, August 1999
- 33 Matthias **Wrede**, Mobility and Reliefs for Traveling Expenses to Work, September 1999
- 34 Heinz-Dieter **Wenzel** (Herausgeber), Aktuelle Fragen der Finanzwissenschaft, February 2000
- 35 Michael **Betten**, Household Size and Household Utility in Intertemporal Choice, April 2000
- 36 Volker **Treier**, Steuerwettbewerb in Mittel- und Osteuropa: Eine Einschätzung anhand der Messung effektiver Grenzsteuersätze, April 2001
- 37 Jörg **Lackenbauer** und Heinz-Dieter **Wenzel**, Zum Stand von Transformations- und EU-Beitrittsprozess in Mittel- und Osteuropa – eine komparative Analyse, May 2001
- 38 Bernd **Hayo** und Matthias **Wrede**, Fiscal Equalisation: Principles and an Application to the European Union, December 2001
- 39 Irena Dh. **Bogdani**, Public Expenditure Planning in Albania, August 2002
- 40 Tineke **Haensgen**, Das Kyoto Protokoll: Eine ökonomische Analyse unter besonderer Berücksichtigung der flexiblen Mechanismen, August 2002
- 41 Arben **Malaj** and Fatmir **Mema**, Strategic Privatisation, its Achievements and Challenges, Januar 2003
- 42 Borbála **Szűle** 2003, Inside financial conglomerates, Effects in the Hungarian pension fund market, January 2003
- 43 Heinz-Dieter **Wenzel** und Stefan **Hopp** (Herausgeber), Seminar Volume of the Second European Doctoral Seminar (EDS), February 2003
- 44 Nicolas Henrik **Schwarze**, Ein Modell für Finanzkrisen bei Moral Hazard und Überinvestition, April 2003
- 45 Holger **Kächelein**, Fiscal Competition on the Local Level – May commuting be a source of fiscal crises?, April 2003
- 46 Sibylle **Wagener**, Fiskalischer Föderalismus – Theoretische Grundlagen und Studie Ungarns, August 2003
- 47 Stefan **Hopp**, J.-B. Say's 1803 *Treatise* and the Coordination of Economic Activity, July 2004
- 48 Julia **Bersch**, AK-Modell mit Staatsverschuldung und fixer Defizitquote, July 2004

- 49 Elke **Thiel**, European Integration of Albania: Economic Aspects, November 2004
- 50 Heinz-Dieter **Wenzel**, Jörg **Lackenbauer**, and Klaus J. **Brösamle**, Public Debt and the Future of the EU's Stability and Growth Pact, December 2004
- 51 Holger **Kächelein**, Capital Tax Competition and Partial Cooperation: Welfare Enhancing or not? December 2004
- 52 Kurt A. **Hafner**, Agglomeration, Migration and Tax Competition, January 2005
- 53 Felix **Stübben**, Jörg **Lackenbauer** und Heinz-Dieter **Wenzel**, Eine Dekade wirtschaftlicher Transformation in den Westbalkanstaaten: Ein Überblick, November 2005
- 54 Arben **Malaj**, Fatmir **Mema** and Sybi **Hida**, Albania, Financial Management in the Education System: Higher Education, December 2005
- 55 Osmat **Azzam**, Sotiraq **Dhamo** and Tonin **Kola**, Introducing National Health Accounts in Albania, December 2005
- 56 Michael **Teig**, Fiskalische Transparenz und ökonomische Entwicklung: Der Fall Bosnien-Herzegovina, März 2006



